

Polen und die Politik der ungarischen Regierungen in den Jahren 1918 und 1944/45

Zoltán Tefner

Budapester Corvinus Universität, Institut für Soziologie und Sozialpolitik
zoltan.tefner@uni-corvinus.hu

Die deutschen und die österreichisch-ungarischen Truppen haben die russische Armee aus dem seit mehr als hundert Jahren von dem Russischen Kaiserreich besetzten polnische Gebieten vertrieben. Ab 1. Oktober 1915 brachten die Besatzungsmächte zwei Besatzungszonen, ihren Namen nach „Militär-Generalgouvernements“ zu Stande. Nördlich des Flusses Pilica lag die deutsche – mit dem Sitz von Warschau –, südlich dieser Linie die österreichische Militärverwaltungszone mit dem Zentrum von Lublin (Lemke, 1977:186). Beide Mächte haben strenge Kontrolle über alle Lebensbereiche der polnischen Bevölkerung ausgeübt, um die Versorgung der an der Front kämpfenden Militäreinheiten zu sichern. Auf Grund der jeweiligen Kriegsführung jeweiliger Heeresleitungen standen diese Maßnahmen im Interesse des Krieges. Nach einer gewissen Zeit stellte es jedoch heraus, dass was die politische Lage anbetrifft, kann das zurückeroberte Polen längerfristig *nicht als Nachschubrevier* existieren, einmal wird die Zeit kommen, als sie mit Polen etwas auch politisch anfangen müssen (Galos, 1971:595-597). Sie haben ein historisch, wirtschaftlich, kulturell verdienstreiches Land mit nicht weniger verdienstreichen Menschen geerbt, die einmal um selbstständige Staatsverwaltung, Konsumartikelversorgung, Kultur, Schulwesen rufen werden. Am 5. November 1916 haben die zwei Mächte das Polnische Königreich proklamiert. Die leichtgläubigsten Polen haben sich darüber gefreut. Wäre es eine Zwangsmaßnahme, eine wirklich aufrichtige Hilfsbereitschaft gegenüber der in ihrer Geschichte viel gelittenen Polen oder eine zynische, wohl ausfundierte Eigensucht der Mittelmächte, ist immer noch eine viel diskutierte Frage (Schapp, 1940:69). Jedenfalls hat der Anspruch der deutschen Obersten Heeresleitung auf den Ersatz der in den Schlachten der ersten zwei blutigen Kriegsjahre Gefallenen zu dieser Proklamation beigetragen. Ludendorff und das Heeresoberkommando haben sich jedoch mit diesem Schachzug am kalten Ofen wärmen lassen, die Polen haben in kürze durchgesehen, dass ihnen nur die Rolle des Kanonenfutters zugedacht gewesen war (Schapp, 1940:70).¹

Behandlung der polnischen Frage in Österreich-Ungarn und in Ungarn 1867-1939

Die Eintracht in den ersten Monaten war allerdings unter den Bundesgenossen musterhaft, die Deutschen haben nämlich das ganze Polnische Königreich Österreich-Ungarn zugesprochen, im Frühjahr von 1916 haben sie aber diese lockende Versprechung zurückgezogen, also ihr Wort auf dem Druck der öffentlichen

¹ „Die von den Militärs so sehnlichst erhoffte polnische Armee blieb aus. Die Polen dachten gar nicht daran, für fremde Staatsinteressen »ihre Haut zu Markte zu tragen« [...]“.

Meinung in Deutschland (tatsächlich berücksichtigt die schwerwiegenden ökonomischen Interessen der großindustriellen Lobbyisten) gebrochen. Österreich-Ungarn ging in Folge dieses politischen Wortbruchs im März von 1916 leer aus. Nota bene: Auch die deutsche Gesellschaft hielt ihrer Überzeugung nicht ohne Recht fest: „Die Blutspende unsererseits war grösser als die der Österreicher, als wir Polen von den Russen wegnahmen.“ – posaunten die deutschen Zeitungen aus allen Richtungen aus.

In den ersten Monaten hat die am meisten Betroffenen, die Polen niemand gefragt. Die Polen in ihrer Geschichte erlebten seit 1772, seit der Aufteilung des Königreiches solche diskriminierenden Vorfahren mehrmals. Die Anarchie, die die Ursache dieser Aufteilung war, war eine Erscheinung des 18. Jahrhunderts (siehe Ring, 2001), die Teilungsmächte haben danach in den drei Reichsteilen annehmbare Existenzverhältnisse geschaffen, die Russen und die Preußen weniger annehmbare, aber das Habsburgerreich sehr annehmbare Verhältnisse. Eine andere Frage war es, dass *die Polen von ihren Ahnen sehr hartnäckiger Drang nach ihrer territorialen Einheit ererbt habe*, ein nur geopolitisch definierbares „Raumerlebnis“, wo die mythologischen Elemente sich manchmal stärker erweisen, als die Politische Rationalität. Es kommt oft vor, dass die Kräfte eines Landes sich „überproduzieren“, dass infolge dessen einige Gruppen aus der Gemeinschaft *ausscheiden* und dass sie nach einer neuen Heimat sehen (Tapolcai, 2010:75). Mit den Polen war es aber gar nicht der Fall. Die ganze Nation hat in der Zeitperiode der nationalen Wiedergeburt ohne Unterbrechen die nationale Einheit, die Wiedergewinnung der staatlichen Selbstverfügung gefordert. Um diesen im Traume vorausgesehenen Zustand zu erreichen haben die Polen sogar das größte Blutopfer nicht gescheut.²

Die ungarische Regierung begleitete die polnischen Ereignisse seit Anfang an mit lebhafter Aufmerksamkeit. Wie alle Regierungen, diplomatischen Korps aller Länder der Welt: die Polenfrage galt in den vier Kriegsjahren als die am meisten diskutierte, am kompliziertesten ausgespitzte Frage der Weltpolitik. Jeder wusste, die Zukunft der Hälfte des europäischen Kontinents hängt mehr oder weniger davon ab, wie dieses Problem auslaufen wird. Die ungarische Regierung verfügte über keine Rechte, in die politische Angelegenheiten, in die Führung der Diplomatie der Donaumonarchie *unmittelbar* einzumischen. Das Statut betreffend den Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn, der berühmte Gesetzesartikel XII vom 12. Juni 1867 und die so genannte in Österreich als inoffiziell „Delegationsgesetz“ genannter Teil der Dezemberverfassung vom 21. Dezember 1867 berechnete den jeweiligen ungarischen Ministerpräsidenten seine Meinung in dem Gemeinsamen Ministerrat auch in außenpolitischen Angelegenheiten auszusprechen (Der österreichisch-ungarische..., 1967). Das Gesetz über die allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten und die Art ihrer Behandlung stellte die eigenartige Institution der Delegationen auf, in deren konstitutionellen Rahmen die 60 ungarischen Abgeordneten aus dem ungarischen Reichstag für oder gegen das Staatsbudget stimmen konnten, wodurch sie sogar entscheidendes Veto einlegen konnten.

² Zwei große Aufstände erschütterten die europäische Politik im 19. Jahrhundert, ein im Jahre 1831, der andere 1863. Die Aufschlüsselung des Themas erbrachte eine riesige Menge der wissenschaftlichen Schriftlichkeit. Die Auswirkung auf die Außenpolitik des Kontinents nimmt einen großen Raum ein. Eigene Studien darüber: Az 1863-as lengyel felkelés és az európai politika.[Der polnische Aufstand 1863 und die europäische Politik] Lénia, Budapest, 1996; Lengyel forradalmak a 19. században és a lengyel köznélemény. [Polnische Revolutionen im 19. Jahrhundert und die ungarische Öffentlichkeit] In: Rubicon, 1999/7.

Zu Ende der Zwischenkriegszeit, in den verhängnisvollen Jahren, 1944 und 1945 herrschte staatsrechtlich eine eindeutigerere, politisch zugleich gar nicht einfachere Situation. Das Ungarische Königreich, wenn auch aufs Drittel seines historischen Staatsgebietes geschrumpft, verfügte über Regierungssouveränität, in den Kriegsjahren vermochte es dagegen nur unter einem atmosphärischen Druck des Dritten Reiches eine mehr oder weniger „selbstständige“ Außenpolitik zur Geltung zu bringen. Besonders kritisch gestaltete sich das Los Ungarns nach 19. März 1944, als die Truppen des Dritten Reiches das Land praktisch okkupierten. 1939 geschah dasselbe mit der Polnischen Republik, obwohl mit wesentlich düsteren Aussichten für die polnische Nation, die Folgen der deutschen Besetzung drohte mit einer Sklaverei, laut eines noch negativeren Drehbuchs mit der kompletten Ausrottung des polnischen Volkes. Im Herbst 1939 scharten tausende von polnischen Flüchtlingen nach Ungarn herbei, und der Strom dieser Flucht versiegte nicht einmal in den weiteren vier Kriegsjahren. Die ungarische Regierung in dem letzten Kriegsjahr 1918 – obwohl in ihren Wahrnehmungen beschränkt – konnte so handeln, wie das sie für rationell oder notwendig hielt. Teilweise erklärt es sich dadurch, dass das Deutsch Kaiserreich 1914-1918 mit Abstand nicht so brutal in der Außenpolitik vor sich ging, wie Hitler-Deutschland bis 1945. Die Waffenkameradschaft hatte zahlreiche Störfaktoren. Politisch auf eigene Faust zu machen galt nicht für die spätere Politikergeneration von 1939 bis 1944. Ein Störfaktor meldete sich unter anderem in der Aufnahme der polnischen Flüchtlinge. Die ungarischen Regierungen dieser Zeit sind alle nasenlang zwischen die Mühlsteine gekommen: einerseits die Waffentreue, die Interessen des sich nicht selten gar nicht kameradschaftlich betragenen Deutschland, andererseits die Polen, zu denen das Ungarn eine herkömmliche und tiefe historische Freundschaft knüpfte (Bazyłow, 1982:934). In kriselnden Zeiten stand die *Bevölkerung* oft an der Partei der polnischen Unabhängigkeit, wie 1917, als der neue Kaiser, Karl IV. Richtungswechsel im Kriegsverlauf anzubahnen beabsichtigte. Die Regierung war im Gegensatz zur öffentlichen Meinung an die politische Notwendigkeit angebunden. In die polnische Frage einzumischen, gegen das deutsche Vorgehen Einspruch zu erheben sowie den Deutschen Einhalt zu gebieten war ganz ausgeschlossen: Das Dritte Reich unterwarf Polen und betrachtete es – was zur Zeit des Ersten Weltkrieges wegen Zeitmangels nicht möglich war – als Protektorat.

Pläne über Polens Zukunft nach 1916 und Ungarn

Überhaupt nicht so lief es aber von 1914 bis 1918. In Bezug auf die Polenfrage – was mit den Polen nach einem siegreichen Weltkrieg sein wird – gingen heftige Diskussionen und eine große Menge von Entwürfen, Vorschlägen, Dokumenten, Memoranden kamen aufs Tageslicht, sowohl in den Wiener Staatsämtern als auch in Berlin.³ Wie oben gesagt, auch der ungarischen regierenden Elite hat ihre eigenartige staatsrechtliche Lage Beweggrund dazu geboten, ihre Vorstellungen bezüglich der künftigen polnischen Staatsstruktur verlautbar zu machen. Im Großen und Ganzen wäre für sie die so genannte *austropolnische Lösung* als die beste Lösung für eine Art und Weise des Fortbestehens der Monarchie gut geeignet gewesen. Wie aber?

³ Eines der bekanntesten Memoranden: Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Min. des Aeussern. PA. I. Allgemeines. Krieg, 56/2/a. Die Frage österreichischen Gebietserwerbes im Nordosten im Falle eines glücklichen Krieges der Zentralmächte gegen Rußland. Denkschrift August 1914

– das war schon das Scheidewasser so in den Wiener wie in den Budapester Entscheidung treffenden Kreisen.

Die Mehrheit der galizischen Polen drängte auf die Realisierung dieses Planes. Sie waren konservativer Gesinnung und konnten sich etwas anderes als die monarchistische Staatsräson nicht vorstellen. Der Konservatismus als politisches Credo war schon in dieser Zeit vollkommen fertig – in Galizien, wo die Donaumonarchie günstige politische Vorbedingungen geschaffen hat, entstand der lebensfähigste konservative Bewegung (Ring, 2004:52-53; Tefner, 2006). Graf Agenor Gołuchowski Junior, zwischen 1895 und 1906 gemeinsamer Außenminister, vertrat dieses Konzept vielleicht mit der härtesten Entschlossenheit gegenüber der Deutschen, er hat den deutschen Reichskanzler Bethmann-Hollweg während des Krieges mehrmals aufgesucht, und forderte *die polnische Lösung in trialistischer Form*. Das würde bedeuten: Die vor dem Kriege Russland angehörende Teile so, wie Ungarn und Österreich ab 1867, würden Selbstständigkeit gewinnen, die Hauptstadt würde Warschau, aber die seit 1795 Preußen zugeschlagenen Provinzen, wie Posen und Schlesien, blieben unverändert unter dem Zepter des deutschen Kaisers.

Die Bestrebungen von Gołuchowski bildeten einen krassen Gegensatz zu den Vorstellungen von István Tisza, der obwohl seit Juni 1917 nicht mehr ungarischer Ministerpräsident war, blieb als Leiter der von ihm 1910 gegründeten *Arbeitspartei* (Munkapárt) immer noch einer der einflussreichsten ungarischen Politiker, und protestierte entschlossen gegen alle möglichen Formen einer trialistisch umgebauten Monarchie. Den Subdualismus – beispielsweise das schon seit 1868 existierende Bündnis mit den Kroaten – hielt er entsprechen den ungarischen Interessen für günstig, wobei er von der so genannten „deutschen Lösung“ auch nicht Abstand nahm. Er hätte sich nämlich davon auch nicht abgeschlossen, wenn die Monarchie den deutschen Forderungen hilfsbereit entgegengekommen wäre, und das ganze Polen dem Deutschen Kaiserreich übergeben hätte.

Der andere Pol wurde von Graf Gyula Andrássy Junior vertreten. Andrássy, Leiter der anderen zahlreichen parlamentarischen Partei, der *Verfassungspartei* (Alkotmánypárt) war davon fest überzeugt, dass die „Freilassung“ der Polen aus der cisleithanischen Ländergruppe das Beste wäre, beachtet, dass die Polen – angehalten auf halbem Wege in die Richtung eines eigenständigen Nationalstaates – ein jeder Zeit unruhiges, revoltierendes, die Reichsstruktur zersprengendes Element hätten bilden können. Seine Vermutungen bezüglich der polnischen zentrifugalen Zielsetzungen haben sich Ende des Krieges bewahrheitet. Gołuchowski wirkte in dieser Politik als natürlicher Weggefährte von Andrássy. István Burián, ein Freund von Tisza, 1916 gemeinsamer Außenminister in Wien, setzte für die subdualistische Lösung Leib und Leben ein, mit Rücksicht darauf, dass er als verantwortlicher Amtsträger der Monarchie hätte einem prinzipienlosen Kompromiss mit den Deutschen nicht eingehen dürfen. Galizien musste zu jedem Preis österreichisch-ungarisch bleiben, entweder unmittelbar, als Teil des dualistischen Staatenbundes, oder mittelbar, in Form einer subdualistischen Formation, ähnlich dem kroatischen staatsrechtlichen Gefüge. Andrássy und Gołuchowski waren also aufeinander angewiesen, als sie den Ministerpräsidenten Tisza zu stürzen versuchten und ihn durch Andrássy (Befürworter des Trialismus) ersetzen wollten.

Die Lage in dem in Budapest tagenden ungarischen Kabinett war aber die Konstellation in unserer Forschungsperiode viel komplizierter. Die Zusammenstellung des parlamentarischen Hufeisenbogens sah äußerst heterogen aus. Die Taktik gegenüber Polen der insgesamt sechs Abgeordnetengruppen, wie die 48er Verfassungspartei, die Reichsverfassungspartei, die Unabhängige und 48er

Partei, die Nationale Arbeitspartei, die Bürgerlich Demokratische Partei und die Katholische Volkspartei⁴ hoben sich scharf voneinander aus. Sándor Wekerle, der 1918 das Kabinett leitete war in schwieriger Lage, wenn er thematisieren wollte, was eigentlich das Ungarische Königreich mit Polen hätte anfangen wollen. Es ist jedenfalls anzuerkennen, dass in dem Gemeinsamen Ministerrat das Votum von Wekerle mathematisch nur eine Ziffer bedeutete, zählte es aber in diesem Gremium doppelt und dreifach.

Sándor Wekerle, Ministerpräsident 20. August 1917–30. Oktober 1918, machte ein Experiment, das in der politischen Methodologie seit eh und je ein sehr beliebtes Mittel war, die Aktionsfähigkeit einer jeweiligen Regierung zu sichern, die Fusionspolitik. Wekerle brachte eine Mischpartei zu Stande, um den drohenden Chaos zu vermeiden. Es ging hier erstens um die konservative Wertordnung gegenüber der revolutionären Aufwühlung, und was das Wichtigste war, um *die Übereinstimmung der Ziele und der Interessen der Unabhängigen und der 67er*. Die parlamentarischen Gemeinschaften haben auf das Mindestziel des Krieges während des ganze 1918er Jahres nicht verzichtet, was bedeutete: Friedensschluss ohne Annexion. Dem Kriege ein jähes Ende zu machen, die territoriale Reichsgröße unversehrt zu behalten, und den Polen in irgendeiner ehrlichen Form des Staatsrechtes eine annehmbare, fruchtbare Lebenswelt anzubieten – alle meinten so, wenn es in ihren Diskussionen die Polenfrage in den Vordergrund rückte. Dazu brauchte man aber den Krieg gewinnen, was im Laufe der kritischen Monate immer hoffnungsloser wurde, als die Streitkräfte beiderseits ins Hintertreffen gerieten.

Die deutsche Politik und Polens Zukunft im Spiegel der ungarischen Auffassung

Man musste nämlich die Meinung des großen Bundesgenossen vor Auge halten. Sowohl in Wien, als auch in Budapest. Diese Gesinnung über Polen änderte sich in Berlin seit Anfang 1916 kontinuierlich, und hing größtenteils von der jeweiligen Lage der militärischen Situation an den Fronten ab. Einmal hott und einmal ha zu sagen nützte bei Weitem nicht der waffenbrüderschaftlichen Treue. Die zwei Krieg führenden Großmächte fingen an zu rivalisieren. Die Deutschen, obwohl sie noch gleich nach dem Ausbruch des Weltkrieges Österreich-Ungarn die Durchführung des austropolnischen Planes versprochen haben – was praktisch die Überlassung Russisch-Polens bedeutete – haben im April 1916 Rückmarsch geblasen. Nachdem die deutsche Diplomatie die Wiener Diplomatie eine lange Zeit mit der Überlassung Polens getäuscht hatte, teilte der deutsche Reichskanzler, Bethmann-Hollweg dem österreichisch-ungarischen gemeinsamen Außenminister, István Burián mit, dass Deutschland die austropolnische Lösung nicht mehr wünscht: Dem deutschen Volke ist es zu schwer zu erklären – so Bethmann-Hollweg –, warum Österreich nach so großem deutschem Blutopfer territorial größer wird. Die Verhandlungen zwischen Wien und Berlin warfen viele kardinale Gegensätze auf.⁵ Die Ablehnung der Überlassung Polens verursachte in Beleidigung und Verbitterung: Prinz von Hohenlohe, österreichisch-ungarischer Botschafter in Berlin schrieb seinem Chef,

⁴ Der Reihe nach: 48-as Alkotmánypárt, Országos Alkotmánypárt, Függetlenségi és 48-as Párt, Nemzeti Munkapárt, Polgári Demokrata Párt, Katolikus Néppárt

⁵ Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Min. des Aeussern. PA. I. Allgemeines. Krieg, Liasse 11. O. Verhandlungen über das polnische Problem. 8. cím. 1916. ápr. – jún. Karton rot 928.

István Burián nach Wien, dass er im Hintergrund der Wendung eine Verschwörung, und zwar die des militärischen Lobby vermutet (vorsichtig erwähn keine Namen, aber es ist leicht zu erraten, sie waren Hindenburg und Ludendorff.⁶ Die erschütternde Mitteilung ruinierte trotz alledem die Wiener Diplomatie überhaupt nicht, und die ungarischen Politiker noch weniger, da – wie oben gemeint – die Überlassung Polens auch in Ungarn Beschützer hatte, nicht eine Handvoll von Politikern, sondern sehr viele, an deren Spitze mit Tisza.

Tisza sprach im gemeinsamen Ministerrat 12. Januar 1917 so: „[...] die Zukunft Polens eine so weitgehende unmittelbare Wirkung auf die inneren Zustände des österreichischen Staates ausübe, dass er sich infolgedessen tunlichst den österreichischen Wünschen anpassen wolle, selbst für den Fall, dass seine einschlägigen Ansichten von den österreichischen divergieren sollten. Ihm (Grafen Tisza) schweben zwei Lösungsmodalitäten vor: 1. die sogenannte austropolnische, 2. die deutsche Lösung, welche in der Errichtung eines Pufferstaates kulminiert, obwohl der Ausdruck auf die diesbezüglichen deutschen Aspirationen, welche dahin gehen, aus Polen einen deutschen Vasallenstaat zu machen, nicht gut anwendbar sei.“ (Komjáthy, 1966:443-444)

Unter austropolnischer Lösung meinte er selbstverständlich nicht den Trialismus, während dessen er sich mit den anderen deutschen Konzepten völlig identifizierte. Über Polen lagerte das Archiv des Deutschen Reichskanzleramtes eine unheimlich große Menge von Memoranden, Gesetzesvorlagen, Zeitungsartikeln, wissenschaftlichen Fallstudien. Ein jeder von diesen sprach sich für die deutsche Dominanz in dem künftigen Polen aus, und in ihren endgültigen Konsequenzen standen sie im Bann *der deutschen Ausdehnung in Osteuropa* in Militärpolitik, Wirtschaft, Diplomatie, Minderheitenpolitik, Sprachpolitik usw.

Bogdan von Hutten-Czapski⁷, ein preußischer Politiker mit polnischen Vorfahren aus Posen, der die polnischen Nationalinteressen mit den der Reichsinteressen übereinstimmen wollten, plädierte für *ein Polen unter deutschem Protektorat*. Es war ein großpolnisches Programm der historischen Einheit Polens, ungeachtet ethnographischer Gegebenheiten und forderte mit Rücksicht auf die Mittelmächte vorerst nur russische Gebiete: Litauen, Weißrussland und bedeutende Teile der Ukraine. Praktisch wollte er so das alte polnisch-litauische Großreich wiederherstellen (siehe Gulyás, 2012:193-194).⁸

Die militärische Führung Deutschlands, und zwar das „Große Hauptquartier“ unter der Leitung von Erich Ludendorff, schmiedete hingegen viel bescheidenere Pläne: den kleinpolnischen Satellitenstaat, ein Pufferstaat gerichtet gegen Russland, nachdem die Mittelmächte die Russen besiegt hatten. Weder bei den Polen, noch in den ungarischen Regierungskreisen war dieses Projekt populär. Später, 12./13. August 1916 schlug die Oberste Heeresleitung (OHL) die Angliederung eines polnischen Grenzstreifens an Preußen vor (Geiss, 1964). In diesem Projekt würde

⁶ Haus-, Hof und Staatsarchiv. Min. des Aeussern. PA. I. Allgemeines. Krieg, Liasse 11. O. Verhandlungen über das polnische Problem. 5. cím. 1916. ápr. – jún. Karton rot 927.

⁷ Hutten-Czapski, Bogdan (1851-1937): preußischer Aristokrat, Offizier in der preußischen Armee, Mitglied des Abgeordnetenhauses, später des Herrenhauses in Berlin. Seine antirussische Stellungnahme formulierte er in einem Memorandum an den Kaiser am folgendermaßen: „Es ist mein Entschluss, falls Gott der Herr unseren Waffen den Sieg verleiht, einen selbständigen polnischen Staat wiederherzustellen, mit welchem im Bunde Deutschland für immer gegen Russland gesichert sein würde.“

⁸ Den deutschen Vordrang nach Osten, eine von Berlin nach Persien ausgedehnte Weltmacht erweckte Angst in der Europapolitik. Der Neoslawismus, eine Konstruktion, die diese Eroberungslust zu dämpfen versuchte, rechnete nicht ohne Hoffnung mit den Polen.

ein Gebiet von etwa 14 tausend Quadratkilometer zu Gunsten Deutschlands abgetreten, wodurch das sowieso verkleinerte Polnische Königreich noch kleiner geworden wäre, infolge dessen es für eine tatsächlich funktionierende Staatsräson vollkommen ungeeignet gewesen wäre. Die Meinungen wichen voneinander ab, anders haben die Gebietsveränderungen Ludendorff, der Kaiser und die Regierung vorgestellt, daher wurde eine Karte mit drei Grenzlinien vor die Konferenz der Interessierten vorgelegt (Geiss, 1964:132). Der Plan stieß in Ungarn auf Widerwillen von allen Seiten, besonders von der Seite der ungarischen Minister aus dem Lager der Verfassungspartei von Andrassy.

Andrassy – sehr beliebt in Polen, im Gegensatz von Tisza, der in Polen eine *Persona non grata* war – hielt es für wichtig, Polen so viel Freiheit zu geben, wieviel es nur möglich ist. Er propagierte auf Schritt und Tritt: die *Übermacht des polnisch-ungarischen Elements gegenüber der deutsch-slawischen Elements* würde nur durch die trialistische Einrichtung ermöglicht. Er hat gewisse Emotionen in Bewegung gebracht, als er sehr oft auf die historische Freundschaft zwischen den beiden Nationen berief („natürliche Bundesgenossen Pole-Ungar“). Natürlich tat er es mit nicht zu vernachlässigenden Vorsichtsmaßnahmen, als er vorschlug: über die außenpolitischen Entscheidungen muss der ungarische Reichstag ein Vetorecht besitzen. Politikwissenschaftlich entbehrte dieser Plan nicht der tiefsten Weisheit: *durch eine direkte, subdualistische Angliederung Polens an Österreich würde die Gefahr eines zu starken österreichisch-polnischen Blocks vergrößern*, und das Ungartum würde in einen Zustand der *passiven Minorität* versinken.

Keinen der politischen Schattierungen in der Regierung gefiel diese Perspektive, so haben sie Andrassy unterstützt. Ebenso konnten die Regierungsmitglieder mit den kursierenden Gerüchten über ein Kondominium in Polen mit Deutschland zufrieden sein. Nicht einmal Tisza war mit dem Kondominium, als ein Zankapfel einverstanden. So sprach er am 12. Januar 1917 im gemeinsamen Ministerrat: „Also: kein Kondominium, das zu Reibungen mit Deutschland führen muss und die Gefahr des Verdrängtwerdens, respektive eines schliesslichen Fiaskos sich schliesst, sondern wirtschaftliche Kompensationen.“ (Wirtschaftliche Kompensation bedeutete in seiner Auffassung in dem einfachen Sinne des Wortes, dass Österreich-Ungarn Polen zu anständigen Preisen von den Deutschen *kaufen* wird.)

Wegen der oben erwähnten Schwankungen der Regierungspolitik zwischen der germanopolnischen und austropolnischen Lösung – abhängig von der Kriegslage ab 1916 – konnten die österreichisch-ungarischen Diplomaten nicht immer richtig entscheiden, wo sich die polnische Frage in einem gegebenen Zeitpunkt befindet. Aber das letzte Aufleben der austropolnischen Lösung erfolgte trotzdem, und zwar im Oktober 1918. In einer tragischen Zeit, als es offensichtlich wurde, dass die Entente den Krieg gewonnen hatte. Die Zeit bis zum Kollaps war all zu kurz, und die Fragestellung selbst war genug unreal. Die germanopolnische Lösung scheiterte, so haben die Deutschen das Recht der Wahrnehmung auf Österreich-Ungarn übertragen. Der diplomatische K.u.K.- Exponent, István Ugron, der die Monarchie in diesem letzten Kriegsjahr in Warschau, im Sitz der deutschen Militär-Generalgouvernement vertrat, berichtete lethargisch: „[...] infolgedessen stellt sich die deutsch-polnische Conception, die bloß den Deutschen bequem ist, mit Rücksicht auf die äußeren Verhältnisse als unreal dar, der im Augenblicke jede Grundbedingung zum Erfolge fehlt.“⁹ Aber genauso fehlte daselbst die Realität einer austropolnischen Umgestaltung.

⁹ Haus- Hof und Staatsarchiv Wien. Liasse Krieg 56/a/7 K. 1015. István Ugron an István Burián aus Warschau, Ende Oktober 1918.

Flüchtlingsstrom. Was ist nach 1920 geschehen?

Nach 1920, Gründung der Republik Polen trat die polnische Politik in das andere, den ungarischen Staatsinteressen widersprechende Lager hinüber. Natürlicherweise wurde diese Wahl aus wohl aufgefassten Gründen getroffen. Den Krieg hat die Entente gewonnen, sie errichtete die polnische Unabhängigkeit, die verwegenen polnischen Träume sind in Erfüllung gegangen, was größtenteils den Franzosen zu verdanken war. Piłsudski, das Staatsoberhaupt konnte in dieser Lage keinen anderen Weg begehen, nur dass er Polens Politik nach der Politik der Klein-Entente richtete. Die Sympathie, die historisch bedingte, legendäre Freundschaft auf der populären Ebene blieb natürlich bestehen, in den diplomatischen Beziehungen herrschte aber eine *Abkühlung*, beinahe ab und zu eine *Feindseligkeit*. Ab 1935, zwei Jahre nach der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland kam es zu einem Tauen in den bilateralen Beziehungen. 1935 nahmen Polen und Ungarn die diplomatischen Beziehungen auf und der ungarische Gesandte in Warschau, András Hory hat in der polnischen Hauptstadt Wunder vollbracht. Die Stimmung zwischen Warschau und Budapest wurde von Jahr zu Jahr immer besser (siehe Hory, 1987).

Den großen Durchbruch hat aber der September von 1939 mit sich gebracht. Das Ungarische Königreich haben Scharen von polnischen Flüchtlingen übergeschwommen. Die ungarische Regierung – zwar in ständiger Diskussion mit den Deutschen –, trachtete für sie Sorge zu tragen. Ungarn ist mit einem Schlag ein Flüchtlingslager geworden, und sogar mehr, eine Zwischenstation von polnischen Wehrpflichtigen, die ihren zeitweiligen Aufenthalt zum Ausruhen, Regenerieren und schließlich zum Weitergehen nach Europa ausnutzten (Kapronczay, 1994:55). Der Evakuierungsvorstand des polnischen Exil-Innenministeriums in der französischen Stadt Angers erhielt den Personalnachschub in großem Teil eben aus Ungarn (Lagzi, 1994:235). In ganz Ungarn und in ganz Osteuropa funktionierten Büros, die den Ungarn verlassenden polnischen Soldaten Hilfe leisteten. Die Reisziele durch die jugoslawische „grüne Grenze“ waren Frankreich, England, also Länder, die zur Zeit als Frontzonen gegen Deutschland galten. Die Expozytura „W“ – das Evakuierungsbüro in der Váci utca stand unter der Kontrolle des deutschen Geheimdienstes (Kapronczay, 1994:57).

Die Organisation „Polnische Streitkräfte im Westen“¹⁰ umspannte ganz Westeuropa, Belgien, die Niederlande und Großbritannien schon seit Ende September. Der Einsatz der durch Ungarn flüchtenden Soldaten geschah in der Tat überall, wo gegen die Achsenmächte gekämpft wurde. In England sind mehr als zwei tausend polnische Flieger eingesetzt worden, aber der Nahe Osten, Tobruk in Nordafrika, Syrien, Palästina, Libyen bildeten eine ganze Reihe der Standorte, wo die Polen sich auszeichnen ließen. Die Zusammenarbeit zwischen der ungarischen Regierung lief beispielhaft, der Oberbefehlshaber der polnischen Auslandsarmee, der 1943 Heldentod erlittene General Władysław Sikorski hielt ständigen Kontakt mit den geheimen Zellen des polnischen Widerstandes, unter anderem mit den beauftragten ungarischen Regierungsagenten (Lagzi, 1994:235).¹¹ Die Polen haben

¹⁰ Polskie Siły Zbrojne na Zachodzie

¹¹ Lagzi (1994:235): Oberstleutnant im Generalstab Jan Pindela Emisarski diente als Militärattaché in Budapest. Emisarski stand in ständigem Kontakt mit den polnischen Exilbehörden in Angers, er hat ihre Weisungen vollzogen. Siehe noch die ausführliche Fallstudie: Varga E. László: Jan Emisarski vezérkari alezredes budapesti lengyel katonai attasé működése, 1938-1940 [Die Budapester Tätigkeit

mit wirksamer Hilfe der ungarischen Regierung eine leitende Körperschaft aufgestellt, den Vorstand der auf dem Gebiet des Ungarischen Königreiches internierten Polnischen Heeres an der Spitze mit dem General Stefan Dembiński.¹² Die ungarischen Ministerpräsidenten, Pál Teleki, László Bárdossy, Ferenc Keresztes-Fischer und Miklós Kállay hatten die Sache der polnischen Internierten bis zur letzten Sekunde der ungarischen staatlichen Unabhängigkeit in den Fingern gehabt. Das war *eine stillschweigende Hilfe* seitens der ungarischen Zivil- und Militärbehörden. Für das Flüchtlingswesen hatte die Regierung einen Staatssekretär ernannt, Dr. József Antall, der mit vielen Polen auch persönlich gut befreundet war.

Flüchtlingslager in Ungarn, Evakuierung, die „Boglarczyki“

In den Streitigkeiten mit den deutschen Behörden, in ersten Linie mit der deutschen Botschaft in Budapest konnte das offizielle Ungarn auf die Genfer Konvention berufen. Nur aber wenn es sich um die Militärflüchtlinge handelte. Im Gegenteil, wenn die einfachen Zivilflüchtlinge um Hilfe baten, war die Aufgabe mit Abstand nicht so einfach. Das Ungarische Innenministerium stellte eine selbständige Sektion auf, die legendäre Abteilung 21, in der die Weisung József Antall, Zoltán Baló und ein Major der Königlichen Armee, Loránd Utassy übernahmen. Das Weisungsrecht stand ihnen zur Verfügung, aber vieles mussten sie hinter dem Rücken der hiesigen deutschen diplomatischen Körperschaften erledigen. Darin stand der prominente Unterschied zwischen ihren Möglichkeiten, und den Möglichkeiten ihrer Kollegen im Jahre 1918. Die Letzten hat keiner kontrolliert, aber die damaligen Polen als Militärflüchtlinge aus dem Russischpolen lebten in den damaligen ungarischen Flüchtlingslagern nicht in Lebensgefahr, sie brauchten keine unmittelbare Hilfe (n. b.: nach 1917 wurden alle diesen nach Hause geschickt).¹³

Allerdings besteht es außer Zweifel, dass die Organisierung der Militärflüchtlingslager legal gehen konnte. Der List in der Sache bestand darin, dass diese Objekte in der Nähe der jugoslawischen Grenze lagen, von wo die Polen auf Befehl des Oberkommandos der Auslandsarmee den Weg gruppenweise unter die Füße nehmen konnten, oder mit regelmäßiger Eisenbahnfahrkarte jenseits der Grenze, und weiter nach Frankreich reisen konnten. Die militärische Fachsprache verwendete bei diesen Aktionen den Ausdruck „Evakuierung“: tausende der Soldaten verließen so das Königreich.

Die Zivilen konnten nur mit der Hilfe der Vereine, Hilfsorganisationen, und der Bevölkerung versorgt werden, natürlich mit Unterstützung aus dem Staatsbudget. Es entstand ein gut ausgedehntes Netz von kultureller, medizinischer, finanzieller Versorgung. Der Umgang mit den Polen mangelte nicht an rührenden Fällen, wie die Ungarn die ins Unglück gestürzten Menschen zu sich nahmen. Das Netz der Unterrichtsanstalten sollte aus dem Null entwickelt werden. Berühmtes Beispiel: das Gymnasium in Balatonboglár, wo der polnische Mittelschulunterricht ging. Sie nannten sich selbst „Boglarczyki“, d. h. „Balatonboglärer“. Béla Varga, der Pfarrer von Balatonboglár organisierte Lehrerkonferenzen in der nahe liegenden Ortschaft

des Militärattachés Oberstleutnant im Generalstan Jan Emisarski]. In AETAS Jahrgang 25, Nummer 2010/1

¹² Predstawicielstwo Wojska Polskiego internowanego na terenie Królestwa Węgier

¹³ Eines dieser Lager befand sich in Csót, neben der westungarischen Stadt Pápa. Es war das größte im Königreiche, die Umstände hatten zwar keinen Überfluss an Komfort, aber wer die oft ausgebrochenen Seuchen überleben konnte, konnte da ganz normal existieren.

Lengyeltóti. In dieser Stadt wurden 200 Polen untergebracht, ein Teil von ihnen in Hács, in einem Dorf, 5 Kilometer weit von Lengyeltóti. Nur die osteuropäische Geschichte kann solche absurden Geschichten produzieren: katholische Polen werden aufgenommen in einem kleinen Dorf, das damals von evangelischen Schwaben bewohnt war. Mitglieder der vertreibenden Nation verpflegen Vertriebene. (Exakter gesprochen: die Vertreibenden standen in unermesslicher Ferne von denen, die an der Vertreibung schuldig waren.)

Nach 19. März 1944

Am 19. März 1944 ist eingetroffen, was man gefürchtet hatte, die deutsche Armee hat Ungarn okkupiert. Der Einmarsch hat in dem Großteil der ungarischen Gesellschaft keine besondere Panik ausgelöst, einige Gesellschaftsgruppen gerieten aber in Lebensgefahr. Das waren vorerst die Juden und in geringerem Maß die polnischen Flüchtlinge. Zum Ministerpräsidenten wurde Döme Sztójay ernannt, ein Generaloberst, der eine lange Zeit als Botschafter in Berlin diente, ein Sympathisierender mit der deutschen Politik. Sztójay's Lage war ziemlich ambivalent: Niemand wusste unter den Zeitgenossen ganz genau, ob er einen Knüppel zwischen die Beine der deutschen Okkupanten nicht werfen *wollte*, oder dass er infolge der Anwesenheit der deutschen Behörden einen Knüppel am Bein *gehabt hätte*.

Sollte es so oder anders sein, gerieten die Polen mit einem Schlag in eine Zwickmühle. Die deutschen Behörden zögerten nicht lange harte Maßnahmen einzuführen. Die Gestapo und die SS lösten viele öffentliche Organisationen der Polen auf. Die Gestapo ist in die polnische Poliklinik eingebrochen und hat den Arzt-General Kołłątaj-Szednicki, den Oberarzt Kadaffer und zwei Rotes-Kreuz-Aktivisten erschossen. Die Regierung sah den Ereignissen mit verschränkten Armen zu. Schon am 19. März verhafteten sie Henryk Sławik, den „polnischen Wallenberg“, den Freund von József Antall¹⁴, den polnische Sozialisten Stanisław Opoka-Loewenstein, den Maler Stefan Filipkiewicz, mehrere Flüchtlingsdiplomaten, unter ihnen Edmund Fietowicz-Fietz, der mit der Koordinierung der geheimen polnischen Organisationen beauftragt war.

Zugleich bedeutete der 19. März den Anfang der Konspiration im Dreieck Aktivisten-ungarische Bevölkerung-Polen. Die Evakuierung ging weiter. In dem Forgách-Walla-Schloss in Pesthidegkút, in einer Vorstadt von Budapest wurde polnisches Offizierlager organisiert. Ein wichtiger Schritt war die Aufstellung des Oberkommandos der Armija Krajowa in Ungarn. Die Polen – aus historischen Gründen „Klassiker“ der Konspiration – fühlten sich in ihrem Element, sie behielten die strengen Konspirationsmaßnahmen, daher kam es relativ selten zu Verhaftungen.

Der nächste Wendepunkt kam am 24. August. Reichsverweser Miklós Horthy hat Döme Sztójay abgelöst und hat einen anderen Generalobersten, Géza Lakatos zum Regierungschef ernannt. Die Atmosphäre wurde milder. Die zivilen Flüchtlinge konnten sich der Vergeltung viel besser widersetzen. Die Regierung und der Reichsverweser haben aus ihrer Passivität ausgetreten, Horthy fing an den Ausbruch aus dem Krieg zu organisieren. Das „kiugrási iroda“, (frei übersetzt „das

¹⁴ Sławik, Henryk (1894-1944): polnischer Journalist, 30 tausend polnische Flüchtlinge hat er gerettet in Ungarn gerettet (5 tausend Juden). Seine Tochter wohnte in der nyilas-Ära bei der Familie Antall. Der Vater 1944 in Mauthausen hingerichtet. Łubczyk, Grzegorz: *Polski Wallenberg, Rzec o Henryku Sławiku* [Der polnische Wallenberg. Die Sache Henryk Sławik]. Warszawa, 2003. Der Roman erzählt über die Beziehung von Sławik zu József Antall Senior.

Aussprungsbüro“) im Burgpalast nahm Kontakt mit der Sowjetregierung auf (in diesem Sinne könnten wir diesen Akt auch Übertritt zu Feind nennen – Ormos, 1998:263), und wurde der Abtransport der jüdischen Bevölkerung (nach einigen Meinungen infolge der Protestierung von ausländischen Organisationen – Ormos, 1998:263) angehalten. Die Polen wurden auch bevorzugt: der jüngere Sohn des Reichsverwesers diente als Kontaktperson zwischen der polnischen illegalen Welt und dem Budaer Burgpalast. Bedeutende Entwicklungen kamen an die Reihe. Der Vorstand der Polnischen Internierten in Ungarn (Dembíński) bot polnische Hilfe im Falle eines bewaffneten Konflikts mit Deutschland an. Das Angebot wurde hinfällig, als die Ausbrungsaktion 15. Oktober scheiterte.

Die Szálasi-Ära nach 15. Oktober 1944

Das Gesetz von Murphy wurde in die Realität übertragen: „Alles, was schiefgehen kann, wird auch schiefgehen.“ Die Machtübernahme von Ferenc Szálasi am 15. Oktober hat die ganze ungarische Gesellschaft tragisch betroffen. Die „nyilaskeresztes mozgalom“, die Pfeilkreuzlerbewegung identifizierte sich mit den Prinzipien des totalen Krieges, und stürzte Ungarn in eine nationale Katastrophe. Die von Ferenc Szálasi geleitete Regierung herrschte über einen Teil des Landes unter zerrütteten Umständen, aber trotzdem war sie eine Art *Regierung*. Sie haben Beschlüsse gefasst, die sie sehr folgerichtig und erbarmungslos durchführte. Beschluss über die Vernichtung des Restjudentums – nachdem 1944 annähernd 440 tausend Juden nach Auschwitz befördert wurden – Beschluss über die Auslieferung von Polen (Soldaten und Zivilen) an das Deutsche Reich, Requisitionen, Massakrierung der Militäreflüchtlinge – traurige Meilensteine, die den Zug der Pfeilkreuzler zeigen. Der Großteil der in Anstellung der Regierung arbeitenden Parteimitglieder – teils aus formaler Dienstbarkeit, teils aus instinktivem Rassismus – haben die Polen beeinträchtigt: Sie sind *doch* Slawen, so gehören sie der Gruppe der Untermenschen.

Bis Ende November versuchten die Pfeilkreuzler die Lage zu stabilisieren (Aufstellung von standrechtlichen Gerichtsstühlen für Rechenschaftsforderung – Ormos, 1998:281¹⁵), was mit dem brutalen Terror identisch war, aber es war schon zu spät. Die Russen belagerten ab Weihnachten von 1944 Budapest; die Szálasi-Regierung musste die Hauptstadt schon Ende November 1944 verlassen, sie zogen nach Westen weiter (Ormos, 1998:279). Die Verwaltung ging an verschiedenen Standorten dezentralisiert weiter. Das Schloss von Sárovar diente als Residenz des Szálasi-Innenministeriums bis 1945, wichtiges Zentrum waren noch Szombathely und Kőszeg. Die Parlamentssitzungen sind bis 28. März 1945 in Ödenburg in dem „kis gyűlésterem“ („kleiner Sitzungssaal“) des Rathauses abgehalten worden. Die Reden und Interpellationen strahlten eine wütende, menschenfremde, fanatisch „erzugarische“ Weltphilosophie aus, wo der Widerstand zu jedem Preis, die Ausrottung der Verräter und der Widerspenstigen tonangebend waren. Interpellation von Kálmán Mosonyi, 25. Januar 1945: „[...] die Außenpolitik der Regierung ist ehrlich deutschfreundlich, steht auf der Grundlage der Bundestreue, und diese Bundestreue äußert sich nicht ausschließlich in Formalitäten, in offizieller Form [nicht so wie die von Miklós Kállay – Z. T.], sondern sie entspringt ehrlichen ungarischen Gefühlen.“¹⁶

¹⁵ Freie Übersetzung der Körperschaft „Nemzeti Számonkérő Szék“.

¹⁶ Magyar Országos Levéltár. Országgyűlési Levéltár. K 7. A Képviselőház soproni ülésének iratai. Interpellation von Kálmán Mosonyi, 15. Januar 1945

Die Pfeilkreuzler beriefen immer auf das „Ausharren“, auf die moralische Pflicht des Widerstandes gegenüber dem „Barbarismus der Bolschewisten“ (n. b. sporadisch hatten sie manchmal recht). Alles, was dagegen wirkte wurde verurteilt und grausam vergolten. Bedeutet Polen, die Anwesenheit polnischer Flüchtlinge eine *moralische Auflockerung*? Diese Frage wurde kaum gestellt, die Zeiten von damals ließen keinen Anlass dazu. Niemand in der damaligen Staatsverwaltung dachte daran, dass gerade die Polen waren es, die dem Vorstoß des Barbarismus, der von Osten drohte, Einhalt geboten haben, und zwar dadurch, dass sie in das Christentum schon sehr früh übergetreten sind, einen einheitlichen Schutzraum zur Verteidigung erweiterten, und eigenartige Symbole für diese Mission erfunden haben (Tapolcai, 2010:356). Die Redner dieser Zeit suchten die Sünder woanders: Kommunisten, Juden, feige Frontkämpfer, Pazifisten. Ein Zitat aus der Rede des Innenministers Andor Jaross vom 15. Januar 1945: „Man braucht starke Zentralregierung, harte Maßnahmen auf allen Ebenen, weil es offensichtlich wurde, dass infolge der kriegerischen Ereignisse überall, in der Gesellschaft, im Wirtschaftsleben es beunruhigende Erscheinungen gibt, es gibt Missstände, es zeigt sich eine moralische Auflockerung in dem sechsten Kriegsjahr.“¹⁷

Die Szálasi-Regierung und das Parlament von Ódenburg war im Thema geteilt. Die Polenfreundschaft vor dem 15. Oktober 1944 der Politiker von unten ist unbestritten: Andor Jaross, Gábor Vajna (1945 Innenminister) Bálint Hóman, Kálmán Hubay, András Tasnády Nagy, Imre Bocsándi Szabó, Béla Ivády, Lajos Reményi-Schneller. Im Moment steht uns keine Information zur Verfügung, ob diese Persönlichkeiten in leitenden Position etwas konkret oder mittelbar für, bzw. gegen die polnischen Flüchtlinge getan hätten. Militärlager standen allerdings immer noch unter dem Schutz der Genfer Konvention (in der Praxis nicht eindeutig), die Zivillager waren aber ohne Schutz, der ungarischen Gendarmerie und der Gestapo ausgeliefert. Der Szálasi-Befehl auf die deutsche Weisung lautete: Abtransportieren alle Polen ins Deutsche Reich.

Beispiele – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – kennen wir aber in positivem Sinne: Einige Beamten sabotieren den Szálasi-Befehl die gefangenen Polen dem Deutschen Reich zu übergeben; Árpád Martusovich, Leiter der Abteilung für Armenfürsorge und Flüchtlinge lässt Polen aus dem Fußmarsch nach Deutschland ausnehmen¹⁸, Rotes-Kreuz-Aktivisten – mit Hilfe von Pfeilkreuzlern – befreien polnisch-jüdische Häftlinge auf dem Weg nach Semmering. Die Solidarität *der ungarischen Zivilgesellschaft* hinderte die deutschen Behörden und die ungarische Gendarmerie am Wegschleppen vieler Flüchtlinge (etwa 15 tausend¹⁹).

Am Ende März kam der sowjetische Durchbruch und das Chaos wurde in dem westlichen Grenzstreifen vorwiegend. Die Regierung krachte. Der Szálasi-Bunker in Kőszeg Szabóhegy wurde evakuiert, wegen der chaotischen Verhältnisse siedelt Szálasi nach Österreich über. Die Polen, die noch im Lande waren, haben ihre Habseligkeiten (insofern jemand so was hatte) zu sich genommen, und – wie einfache Touristen in den seligsten Friedenszeiten – verließen das Land, das ihnen

¹⁷ Magyar Országos Levéltár. Országgyűlési Levéltár. K 7. A Képviselőház soproni ülésének iratai. Rede von Andor Jaross, 15. Januar 1945

¹⁸ Über die Szálasi-Regierung und Árpád Martusovich siehe: Kovács Zoltán András: A Szálasi-kormány Belügyminisztériuma. Rendvédelem és állambiztonság, közigazgatás a nyilas korszakban. Bölcsészdoktori disszertáció [Das Innenministerium der Szálasi-Regierung. Ordnungsschutz und Staatssicherheit, Verwaltung in der nyilas-Ära. Doktorarbeit in Humanwissenschaften]. Pécsi Tudományegyetem, Interdisziplinäris Doktoriskola, „Európa és a magyarság a 18-20. században“ Doktor Program. Témavezető: Dr. Gyarmati György. Budapest, 2008.

¹⁹ Die Zahl ohne Gewähr.

mehrere Jahre hindurch die zweite Heimat, die Brüderlichkeit und die historische Gegenseitigkeit bedeutete.

Schlussfolgerungen

1918 war die ungarische Regierung unmittelbar kein zuständiges Forum für alle Angelegenheiten, die das Ungarische Königreich betrafen, aber in ihrem Entscheidungsbereich genoss sie Souveränität. 1944/45 war sie im Besitz nur in einer sehr *beschränkten Entscheidungsfähigkeit*. Ende 1918 hielt sich nur eine geringe Zahl der polnischen Häftlinge/Flüchtlinge im Lande, ab 1939 haben sie in Ungarn in Massen gelebt. Die Wahrnehmung der polnischen Frage als gemeinsame Angelegenheit betraf die Wekerle Regierung nur als Teilaufgabe, aber sie war aktuell und interessant als *Gegenstand von zukunftsorientierter Planung*. Für jede Regierung ab 1939 war die Wahrnehmung der polnischen Frage nur praktische Bereinigung von kurzfristigen Problemen. Wekerle, Andrassy, *Burián und andere musste nur der deutschen Dominanz widerstehen, aber nicht einer deutschen Okkupation*. Ab 1939 waren die Regierungen zwischen Hammer und Amboss, Szálasi und seine Pfeilkreuzler folgten auch in der polnischen Flüchtlingsfragen den deutschen Weisungen.

Literatur

- Bazyłow, L. (1982). *Sprawa polska po wybuchu pierwszej wojny światowej. In Historia Dyplomacji Polskiej*. Tom III 1795-1918 pod redakcją Ludwika Bazyłowa. Warszawa: Państwowe Wydawnictwo Naukowe.
- Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867* (1967). Wien: Forschungsinstitut für den Donaauraum.
- Galos, A. (1971). „Nowa orientacja” wobec polaków w 1915 roku. *Sobótka*, (26).
- Geiss, I. (1964). *Der polnische Grenzstreifen 1914-1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg*. [Dissertation]. (Universität Hamburg 1959), Moll/Winter, Hamburg/Lübeck 1960. Polnisch erschien das Werk mit dem Titel *Tzw. polski pas graniczny 1914-1918*. Warschau 1964.
- Gulyás L. (2012). *Küzdelem a Kárpát-medencéért. Regionlizáció és etnoregionalizmus, avagy a nemzeti és nemzetiségi kérdés területi aspektusai Magyarországon 1690-1914*. Budapest: Kárpátia Stúdió.
- Hory A. (1987). *Bukaresttől Varsóig*. Hrsg.: Pál Pritz. Budapest: Gondolat.
- Kapronczay K. (1994). A magyar kormány és a lengyel menekült katonák. In *Magyarország 1944. Fejezetek az ellenállás történetéből*. Budapest: Nemzeti Tankönyvkiadó.
- Komjáthy M. (Hrsg.) (1966). *Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, 1914-1918*. Budapest: Akadémiai.
- Kovács Z. A. (2008). *A Szálasi-kormány Belügyminisztériuma. Rendvédelem és állambiztonság, közigazgatás a nyilas korszakban*. [PhD Disszertáció]. Pécs: Pécsi Tudományegyetem, Interdiszciplináris Doktori Iskola, „Európa és a magyarság a 18-20. században” Doktori Program.
- Lagzi I. (1994). A magyarországi lengyel menekültek evakuációja segítésének néhány kérdése. In *Magyarország 1944. Fejezetek az ellenállás történetéből*. Budapest: Nemzeti Tankönyvkiadó.
- Lemke, H. (1977). *Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im Ersten Weltkrieg*. Wien; Köln; Graz: Hermann Böhlaus Nachf.
- Łubczyk, G. (2003). *Polski Wallenberg, Rzecz o Henryku Sławiku*. Warszawa.

- Ormos M. (1998). *Magyarország a két világháború korában, 1914-1945*. Történelmi Kézikönyvtár. Budapest: Csokonai.
- Ring É. (2001). „Lengyelországot az anarchia tartja fenn?” *A nemesi köztársaság válságának anatómiája*. Budapest: ELTE Eötvös Kiadó.
- Schapp, H. (1940). *Die Entstehung des Polnischen Königreiches am 5. November 1916. Ein mitteleuropäisches Problem*. Berlin: Nicolaische Verlagsbuchhandlung.
- Tapolcai L. (2010). *Lengyelország történeti és mitikus kezdetei. A tér alakulása*. Budapest: ELTE BTK Történettudományok Doktori Iskola.
- Tefner Z. (1996). Az 1863-as lengyel felkelés és az európai politika. Budapest: Lénia.
- Tefner Z. (2006). Az ausztrópolonizmus utolsó békeévei. *Valóság*, (5).
- Tefner Z. (1999). Lengyel forradalmak a 19. században és a lengyel közvélemény. *Rubicon*, (7).
- Varga E. L. (2010). Jan Emisarski vezérkari alezredes budapesti lengyel katonai attasé működése, 1938-1940. In *AETAS*, 25 (1).

Archivbelege

- Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Min. des Aeussern. PA. I. Allgemeines. Krieg, 56/2/a. Die Frage österreichischen Gebietserwerbes im Nordosten im Falle eines glücklichen Krieges der Zentralmächte gegen Rußland. Denkschrift August 1914
- Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Min. des Aeussern. PA. I. Allgemeines. Krieg, Liasse 11. O. Verhandlungen über das polnische Problem. 8. cím. 1916. ápr. – jún. Karton rot 928.
- Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Min. des Aeussern. PA. I. Allgemeines. Krieg, Liasse 11. O. Verhandlungen über das polnische Problem. 5. cím. 1916. ápr. – jún. Karton rot 927.
- Haus- Hof und Staatsarchiv Wien. Liasse Krieg 56/a/7 K. 1015. István Ugron an István Burián aus Warschau, Ende Oktober 1918.
- Magyar Országos Levéltár. Országgyűlési Levéltár. K 7. A Képviselőház soproni ülésének iratai. Interpellation von Kálmán Mosonyi, 15. Januar 1945
- Magyar Országos Levéltár. Országgyűlési Levéltár. K 7. A Képviselőház soproni ülésének iratai. Rede von Andor Jaross, 15. Januar 1945